

Beiträge ÖkoLinX-ARL

Wortprotokoll

über die

11. Plenarsitzung

der Stadtverordnetenversammlung

am Donnerstag, dem 21. März 2002

15.04 Uhr bis 21.05 Uhr)

Frage Nr. 238.....	13
Stadtverordneter Dr. Eberhard Dähne, PDS:.....	14
Stadtkämmerer Horst Hemzal:.....	14
Frage Nr. 239.....	16
Stadtverordneter Wolfgang Hübner, BFF:.....	16
Stadtkämmerer Horst Hemzal:.....	16
Frage Nr. 240.....	17
Stadtverordnete Ursula Gauls, CDU:.....	17
Stadtrat Edwin Schwarz:.....	17
Frage Nr. 241.....	18
Stadtverordneter Gert Wagner, SPD:.....	18
Stadtkämmerer Horst Hemzal:.....	18
Frage Nr. 242.....	19
Stadtverordneter Stefan Majer, GRÜNE:.....	19
Stadtrat Edwin Schwarz:.....	19
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 230.....	20
Stadtverordneter Michael Langer, REP:.....	20
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 232.....	21
Stadtverordneter Wolfgang Hübner, BFF:.....	21
4.1 Keine Nazi-Demo am 1. Mai!.....	22
Gemeinsamer Antrag der SPD und der GRÜNEN vom 18.02.2002, NR 518	
4.2 NPD-Demonstration am 1. Mai 2002.....	22
Antrag der PDS vom 19.02.2002, NR 525	
4.3 Frankfurt ist und bleibt eine tolerante, liberale und weltoffene Stadt - Keine Nazi-Demo am 1. Mai!.....	22
Gemeinsamer Antrag der CDU, der SPD, der GRÜNEN, der FDP und der FAG gem. § 17 (3) GOS vom 19.03.2002, NR 569.....	22
4.4 Kein Nazi-Aufmarsch am 1. Mai 2002 in Frankfurt am Main.....	22
Antrag der ÖkoLinX-ARL gem. § 17 (3) GOS vom 21.03.2002, NR 572	
Stadtverordneter Uwe Becker, CDU:.....	22
Stadtverordnete Barbara Heymann, SPD:.....	24
Stadtverordneter Marcus Bocklet, GRÜNE:.....	24
Stadtverordneter Volker Stein, FDP:.....	26
Stadtverordneter Heiner Halberstadt, PDS:.....	26
Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:.....	28
Stadtverordneter Michael Langer, REP:.....	31
Stadtverordneter Luigi Brillante, E.L.:.....	32
Stadtverordneter Wolfgang Hübner, BFF:.....	32
Stadtverordnete Dr. Andrea Lehr, GRÜNE:.....	35
Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:.....	36

eine Verfahrensweise, die uns so nicht zusammenführt.

Sie sollten eines in diesem Zusammenhang noch einmal bedenken: Wenn die rechtskonservativ orientierten Lager hierzulande nicht endlich begreifen, dass es auch in der Gesellschaft der Bundesrepublik ein linkes Gegengewicht geben muss, wird die gesamte Balance der gesellschaftlichen Flügel aus dem Lot geraten. Betrachten Sie das und bedenken Sie das auch bei einer solchen Angelegenheit, die eigentlich zusammenführen sollte und die Sie immer wieder versuchen zu spalten.

Nun die Frage bitte. Hat sich erledigt. Danke!

**Stadtverordnetenvorsteher
Karlheinz Bührmann:**

Danke schön! Die nächste Wortmeldung kommt von Frau Stadtverordneten Ditfurth.

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:

Schönen guten Tag allerseits!

Dieser so genannte gemeinsame Antrag, unter den sich SPD, GRÜNE, FDP und FAG ebenfalls haben ...

(Zurufe)

Ich verstehe nicht, was die Sozialdemokraten, was die GRÜNEN sich dabei gedacht haben, was die FAG sich dabei gedacht hat. Es ist sehr peinlich, aber das müssen Sie erklären. Dieser gemeinsame Antrag ist zu 99 Prozent - ich habe den Text verglichen - identisch mit dem Original-CDU-Antrag NR 511. Die Differenzen sind marginal, dazu komme ich später.

Wer grundsätzlich glaubt, dass der Kampf gegen Faschismus in breiförmigen, undemokratischen Bündnissen zu gewinnen wäre, muss nur verlieren. Dann löst sich Antifapolitik von linker Gesellschaftskritik und handelt nach dem Motto „Gemeinsam gegen das Böse“ alias „Aufstand der Anständigen“, ohne ein Wort zu den Ursachen des Faschismus

zu verlieren, von dem in dem gemeinsamen Antrag auch nicht die Rede ist.

Dem Kapitalismus begründet nach dem Munde zu reden, so wird, wie der Mensch sieht, ...

(Zurufe)

auch das Bündnis mit Rassistinnen und Rassisten aus der gesellschaftlichen Mitte möglich. Antinazibündnisse, in denen gemeinsam mit Schlips und Kostüm bekleideten Rassistinnen und Rassisten gegen Stiefelnazis demonstriert wird, sind dann die Folge, wobei man sich in der völlig überfüllten Mitte der Gesellschaft gegenseitig auf die Füße tritt, sich zum Pakt mit Kriegsbefürworterinnen und Kriegsbefürwortern trifft. Das ist alles nichts als Selbstbetrug. Das dient nicht dem behaupteten Kampf gegen den Faschismus, den Sie noch nicht einmal in dem gemeinsamen Antrag behaupten, sondern hilft nur, die Modernisierung des Faschismus zu stabilisieren. Mit Rassisten gegen Nazis zu demonstrieren, bedeutet die Kapitulation vor dem rassistischen Normalzustand in diesem Land, der sich zum Beispiel in der grausam inhumanen Bewertung von Migranten und Flüchtlingen ausdrückt, Stichwort Zuwanderungsgesetz. Es dürfen nur die Menschen zuwandern, die ihre ökonomische Nützlichkeit dem deutschen Bürgertum nachgewiesen haben. Das verstehen Sie unter „Antirassismus“. Wer nützlich ist, darf herein, wer nicht, weil er Sehnsucht nach einem anderen Leben, Angst vor Folter hat, muss draußen bleiben.

Welche Bündnispartner finden sich hier zusammen? Offensichtlich zählen - was im Hintergrund steht - kommende Wahlkämpfe, Unterschriften, die im Raum wabern, Personen, wie Frau Steinbach-Hermann und viele andere Figuren. Sie ist eine derjenigen, die mich immer noch am meisten erschreckt: Eine Szene mit einem Vertreter der GRÜNEN, mit einem gewissen Herrn Cohn-Bendit, der einigen vielleicht bekannt ist - es gibt so manche Szenen der politischen Auseinandersetzung und der Konfrontation, die man nicht vergisst: Im Oktober 1993 hat er als sehr früher Kriegsbefürworter des Truppeneinsatzes in Bosnien in die Bundesversammlung der GRÜNEN wütend hineingeschrien, dass man Truppen schicken müsse, denn die bosnischen Muslime seien ein Teil

der europäischen Kultur, seien im Gegensatz zu den Serben „Menschen von unserem Blut“.

Der Pakt mit der CDU, der in diesem gemeinsamen Antrag vollzogen wird, der mit der Frankfurter Polizei, der von allen fünf Fraktionen das absolut große Vertrauen ausgesprochen wird, mit grünen Abschiebebefürwortern gegen Nazis und mit dem Wilhelminischen Flügel der SPD - der in diesem Raum offensichtlich immer größer wird, aber das mag das Problem der so genannten Linken in der SPD und der klitzekleinen Fraktion der Jusos sein, dass sie dazu nie ein Wort verlieren - ist nichts anderes als Beihilfe zur Modernisierung der herrschenden Verhältnisse oder Imagepolitik für die Geschäfte in Frankfurt. Denn wie es den Opfern rassistischer Gewalt nicht nur am 1. Mai, sondern jeden Tag in dieser Stadt ergeht, interessiert dieses großartige Fünferbündnis nicht.

Wie in dem Antrag der CDU, der sozusagen im Originalton der Antrag von allen fünf Fraktionen ist und deswegen wird er in dieser Debatte auch mit zu diskutieren sein, wird mit dem vermeintlichen Konsens gegen Nazis der „zivilgesellschaftliche“ Angriff gegen Linke und andere von der herrschenden Norm abweichende Menschen vorbereitet, natürlich erst mal atmosphärisch und unausgesprochen, das gebe ich gerne zu, werden auch künftig Überwachungsterror und sicherheitsstaatliche Schikanen legitimiert. Künftig mögliche Formen, das wäre eine Debatte, die wirklich interessant wäre, aber ...

(Zurufe)

Ich kann Ihre Gespräche mithören, wenn Sie das wollen. Ich schreibe dann aber mit.

Künftig mögliche Formen des Technofaschismus zu debattieren, das wäre einmal eine Debatte, die ich wirklich weiterbetreiben würde und nicht immer nur das Wiederkäuen von alten klassischen Klischees. Künftig mögliche Formen des Technofaschismus kommen ganz ohne Stiefelnazis aus. Diese Diskussion würde uns weiterbringen. Was dieser künftig mögliche Technofaschismus aber unbedingt braucht, ist ein breiter Konsens für die Durchdringung des Alltags mit den genannten Überwachungsmaßnahmen und Bspitzelungstechniken. Was er außer-

dem noch braucht, ist wissenschaftlich gerechtfertigter Rassismus in Gestalt der Zustimmung zur gentechnischen Selektion. Das wären wirklich antifaschistische Bündnisse, aber sie sind in diesem Haus nicht zu erwarten.

Diese technologische Veränderung der materiellen Grundlage der Gesellschaft des Kapitalismus bedingt, dass der instrumentelle Nutzen der Stiefelnazis auch für die Herrschenden an Bedeutung verliert. Dass er manchmal - Stichwort Image und Stichwort schlecht für das Geschäft - gar disfunktional wird und dadurch Bündnisse möglich werden, die dann übertrieben als großartige Ereignisse gefeiert werden sollen. Auch dieses Interesse verbirgt sich hinter konturlos breiten und breiförmigen Konstruktionen, die angeblich gegen Nazis vorgehen.

Jetzt konkreter zu diesem gemeinsamen Antrag, der so identisch mit dem Antrag NR 511 der CDU ist. Darin war zu lesen, und das ist ein Satz, der verändert wurde, dass der CDU die Gleichsetzung von Rechtsextremismus mit Linksextremismus enorm wichtig war. Wer Faschisten mit Linken gleichsetzt, redet einen solch gewaltigen Unsinn und verrät viel über sich selbst, über den eigenen, historisch kenntnislosen, stockkonservativen rechten Standort und dass er zwischen zwei Weltanschauungen nicht unterscheiden kann, die nicht gegensätzlicher, nicht antagonistischer sein könnten. Erstens, den des Faschismus, der die Menschen in minder- und höherwertige einteilt. Sobald Faschisten an der Macht sind, werden diese angeblich minderwertigen Menschen nach langen Schikanen und Diskriminierungen auch physisch der Vernichtung preisgegeben. Zweitens, die linke Weltanschauung, die bei aller Unterschiedlichkeit ihrer bekannten Strömungen und bei aller notwendigen Selbstkritik an der Erscheinungsform, Fehlentscheidungen und vielen Fehlern, die gemacht wurden, immer auf der sozialen Gleichheit - und das ist der Unterschied um das Ganze - des Menschen aufbaut.

(Zurufe)

Einer sozialen Gleichheit, die Voraussetzung ist für individuelle Freiheit und Selbstverwirklichung. Sie sind so schlecht informiert, Sie sollten nicht nur die Bild-Zeitung lesen. Aus-

gerechnet mir Übereinstimmung mit der Position der DDR vorzuwerfen, ist so komisch und so dämlich, dass mir weitere Argumente nicht nötig zu sein scheinen. Ich bin Linke geworden, obwohl es die DDR gab. Vielleicht haben Sie eine Ahnung von den Differenzen, die es gibt. Wer diese Differenzen, von denen ich bei diesem Antrag rede, um des Ganzen Willen zuschmieren will, will nur verbergen, wo er oder sie selbst steht, nämlich ziemlich weit rechts. Das gilt dann für alle Fünf, die das unterschrieben haben, für diesen Moment der Unterzeichnung.

(Zurufe)

Sie haben mit der Unterschrift unter dem Antrag der CDU-Fraktion eine Position bezogen, und das ist ein strategischer Erfolg der CDU, zu dem ich nur gratulieren kann. Die Zufriedenheit steht auf den Gesichtern. Was Sie unterschrieben haben, haben Sie auch zu verantworten, sonst ist Ihre Unterschrift nichts wert. Wer die Differenz zuschmieren will, sagt auch, dass da, wo der Rassismus noch in Schlips und Kostüm daher kommt und genug Macht hat, die Baseballschläger nicht in die Hand nehmen zu müssen ...

**Stadtverordnetenvorsteher
Karlheinz Bührmann:**

Frau Ditfurth, Herr Stadtverordneter Bocklet hat eine Zwischenfrage.

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:
(fortfahrend)

Nein, die Zeit ist zu knapp. Ich werde mich vielleicht nachher noch einmal melden und dann lasse ich vielleicht noch Zwischenfragen zu.

(Zurufe)

Im gemeinsamen Antrag steht dieser wunderbar dumme Satz: „Frankfurt bleibt eine tolerante, liberale und weltoffene Stadt.“ Ach ja? Wenn der Mensch nichtdeutscher Herkunft Geld hat und auf hohem Niveau konsumiert, dann herrscht geschäftstüchtige Toleranz. Ist der so genannte Ausländer jedoch arm und nicht angepasst, weder politisch noch in der Lebensform an die deutsche Norm und „Law and order“, ist er jung und

wehrt sich vielleicht gegen die Diskriminierung, geht es ihm in Frankfurt ziemlich schlecht. Dann gibt es keine Toleranz und keine Liberalität. Der japanische Banker wird gern gesehen und umschmeichelt, auf Empfänge eingeladen, die koreanische Oppositionelle aber nicht. Die US-amerikanische Autorin - sofern berühmt - wird gefeiert, der Illegale aus Ghana, ohne medizinische Versorgung, wird in Restaurantküchen der feineren Sorte, in denen sich manche von Ihnen gern treffen, versklavt. Sie wissen das alle nur zu gut, denn manchmal geht die Tür zu diesen Küchen auch auf. Sie können einen Hauch des Eindrucks von diesen Arbeitsverhältnissen bekommen, von einem großen Teil der Menschen dieser Stadt, die Sie sonst nicht zur Kenntnis nehmen wollen.

Wie kann man vom friedlichen Miteinander reden, wenn Menschen nichtdeutscher Herkunft das allgemeine Wahlrecht verweigert wird? Was ist das für eine blödsinnige Aussage im Antrag: „Weil 30 Prozent Menschen nichtdeutscher Herkunft in Frankfurt leben, sind wir ein Vorbild für Toleranz“? Die sind ja wohl aus vielerlei Gründen hergekommen. Manche sind hergeholt worden, manche haben sich durchgesetzt. Eine mathematische Proportion drückt schon Toleranz aus? Was haben Sie für einen Begriff von Vorbildhaftigkeit? Einen rein rechnerischen offensichtlich.

**Stadtverordnetenvorsteher
Karlheinz Bührmann:**

Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:
(fortfahrend)

Ich werde noch ein paar Sätze sagen und werde mich anschließend noch einmal melden.

(Zurufe)

In dem gemeinsamen Antrag, den die CDU den anderen vier Fraktionen so geschickt untergejubelt hat, ist natürlich der Vergleich von Linksextremisten und Rechtsextremisten enthalten. Ich will daran erinnern, dass dieser Satz eine Andockstelle für das ist, was die CDU eigentlich meint und was die anderen vier mit unterschrieben haben. Die Formulie-

rung lautete im Original: „Die Stadtverordnetenversammlung verurteilt daher auf das Schärfste jeglichen Versuch, rassistisches und extremistisches Gedankengut in die Stadt hineinzutragen ...“

**Stadtverordnetenvorsteher
Karlheinz Bührmann:**

Frau Ditfurth, ich bitte Sie, sofort zum Ende zu kommen.

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:
(fortfahrend)

Dann muss ich jetzt mittendrin aufhören und melde mich später noch einmal .

**Stadtverordnetenvorsteher
Karlheinz Bührmann:**

Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Langer, Fraktion der Republikaner.

Stadtverordneter Michael Langer, REP:

Herr Stadtverordnetenvorsteher,
meine Damen und Herren,
Herr Kollege Halberstadt!

Ich freue mich immer, wenn wir einer Meinung sind. Sie haben Recht, es braucht auch einen linken Flügel im politischen Spektrum, genauso braucht es auch einen rechten Flügel im politischen Spektrum. Wenn sich alles nur in der Mitte zusammenballt, wird die Sache ziemlich einseitig, und das nennt man irgendwann nicht mehr Demokratie.

Stellen Sie sich vor, es gäbe einen Aufmarsch und keiner ginge hin. Sie müssen einmal lesen, im Internet und in anderen Medien, in denen man solche Sachen nachlesen kann, wie die, die am 1. Mai aufmarschieren wollen, sich jetzt schon freuen und triumphieren. Weil sie genau das erreichen, was sie erreichen wollen. Sie kommen mit einer Hand voll Menschen und eine ganze Stadt gerät in Aufregung. Ich bin der Meinung, wenn man sie ignorieren würde, wenn sich kein Mensch darum kümmern würde, dass sie dort entlang marschieren, dann wäre diese Stadt Frankfurt für Aufmärsche dieser Art vollkommen

uninteressant. Dann kämen sie nicht mehr. Aber nein, alles und jeder wird mobilisiert, heiße Debatten werden im Parlament geführt, seitenweise werden Artikel in den Zeitungen veröffentlicht. Sie haben es also wieder einmal geschafft, denen, die zusammenkommen wollen, das Forum zu bieten, das sie suchen. Dazu würde ich Ihnen jetzt fast gratulieren, aber ich lasse es lieber, denn das ist eigentlich eine traurige Geschichte.

Wenn man so manche Reden in diesem Raum hört, dann unterscheiden sie sich doch wohltuend, wenn auch noch vieles darin steckt, was nicht so wohl tut, das heißt von dem, was wir vor einem Jahr hier im Nachgang zu der letzten Demonstration am 1. Mai hören konnten. Man kommt der Wahrheit schon etwas näher, indem man jetzt die Linksextremen anspricht, die damals für eine gewalttätige Auseinandersetzung und für Sachbeschädigungen gesorgt haben. Es nutzt nichts, wenn man die Wahrheit außen vor lässt. Wenn man dann so tut, als ob die bösen Rechten, die sich nach Auskunft der Polizei völlig rechtskonform verhalten haben, die Ursache allen Übels seien und alle andere seien brave Antifaschisten, auch wenn sie die U-Bahn-Züge in Brand setzen.

Das im letzten Jahr noch Breitgetretene und ausführlichst Beschworene, findet sich in dieser Debatte glücklicherweise nicht mehr. Ich bin froh, dass Sie es geschafft haben, einen Antrag zu formulieren, der den Wahrheitsverhältnissen etwas näher kommt, der nicht weder auf dem rechten noch auf dem linken Auge blind ist, sondern die Probleme anspricht wie sie sind. Extremismus ist nie gut. Deshalb werden wir Republikaner diesem Antrag zustimmen.

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher Ulrich Baier:**

Als Nächster hat das Wort Herr Brillante. Bitte schön!

nicht eingeschränkt, wenn man den Neonazis ihre Aufmärsche verbietet und wenn man sie daran hindert, die Menschen in dieser Stadt zu tyrannisieren.

Die Entscheidung liegt jedoch letztlich nicht bei uns, sondern bei den zuständigen Gerichten. Wenn diese Nazi-Kundgebung doch genehmigt werden muss, sollten wir alles daransetzen, um den Neonazis zu zeigen, dass sie in dieser Stadt nicht willkommen sind. Unsere gemeinsame Resolution kann nur ein Anfang sein. Wir müssen darüber hinaus machtvolle und überzeugende Gegenveranstaltungen auf die Beine stellen, und wir sollten auch dafür sorgen, dass diese zugereisten Neonazis mitbekommen, dass es solche Gegenveranstaltungen gibt. Es gibt keinen vernünftigen Grund, die Neonazis so abzuschirmen, dass sie von den Protesten gegen ihre Anwesenheit in unserer Stadt nichts mitbekommen.

Die Menschen in Frankfurt wollen kundtun, was sie von den Neonazis halten, nämlich gar nichts. Sie wollen, dass ihre Botschaft auch bei denen ankommt, an die sie adressiert ist. Was nutzt es denn "Nazis heraus" zu rufen, wenn kein Nazi das hört? Es ist auch nicht einzusehen, dass Massen von Neonazis wohlbehütet und auch noch umsonst mit der U-Bahn zu ihrem Veranstaltungsort gefahren werden.

(Beifall)

Die Verkehrsgesellschaft Frankfurt ist ein städtisches Unternehmen, und wir können zu Recht von ihr erwarten, dass sie sich dieses Jahr einer solch unsinnigen Aktion verweigert.

Vielleicht werden wir auf Grund eines Gerichtsentscheides gezwungen sein, am 1. Mai den Aufmarsch von Neonazis in Frankfurt zu dulden. Wir sollten es ihnen dann aber nicht auch noch warm, kuschelig und gemütlich machen.

(Beifall)

Stellvertretender

Stadtverordnetenvorsteher Ulrich Baier:

Die nächste Wortmeldung kommt von Frau Ditfurth. Bitte sehr!

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:

Stellen Sie die Zwischenfrage bitte vor Beginn meiner Ausführungen.

Stadtverordneter Marcus Bocklet, GRÜNE: (Zwischenfrage)

Wenn ich Ihren Ausführungen von vorhin richtig gefolgt bin, was in der Tat schwer war, dann haben Sie Kritik daran geübt, dass wir mit der CDU und fehlender Kapitalismuskritik in unserem Antrag ...

Mir liegt ein Antrag von ÖkoLinX-ARL vor, der ist ungefähr drei Sätze lang. Würden Sie mir Recht geben, dass dieser Antrag zutiefst abzulehnen ist, weil ihm erstens die Kapitalismuskritik fehlt, und würden Sie mir zweitens Recht geben, dass Sie mit den Kapitalistenschweinen der CDU gemeinsame Sache gemacht haben? Pfui, kann ich da nur sagen.

(Beifall)

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL: (fortfahrend)

Diese unendlich intelligente Zwischenfrage bringt mich in die Bredouille. Ich will es auch gerne erklären und Selbstkritik üben. Erstens: Ich muss in den politischen Schulungen, für die ich bei den GRÜNEN Mitte der achtziger Jahre verantwortlich war und an denen auch Marcus Bocklet teilgenommen hat, Fehler gemacht haben, die ich zutiefst bedaure, weil ich ihre Folgen permanent zu hören bekomme.

(Zurufe)

Zweitens: Wenn ich Kapitalismuskritik oder ihr Fehlen bemängele, heißt das nicht, dass ich bei jedem Antrag sage, dass sie da drin sein muss. Ich habe einen Zusammenhang aufgebaut. Wer zugehört hat, hat es verste-

hen können. Ich bin gerne bereit, nachher das, was ich an Stichworten vorliegen hatte und teilweise frei vorgetragen habe, als Hilfe auch für Lutz Sikorski zu notieren und als Kopie weiterzugeben, damit man es in Ruhe nachlesen kann. Die Redezeit wird dadurch nicht länger, deswegen wird man aus dem Kontext dessen, was ich gesagt habe, erkennen, was ich damit gemeint habe.

Ich bin der Meinung, dass dieses Parlament oder einige Fraktionen gemeinsame Anträge beschließen könnten, sonst hätte ich den Antrag NR 572, zu dem ich gleich etwas sage, nicht gestellt. Er enthält eine klare kurze Position, aber darüber hinaus nicht den ideologischen Mist, den unter anderem die GRÜNEN gemeinsam mit der CDU verabschiedet haben. Das unterscheidet diese beiden Anträge. Da müssen sich diese fünf Fraktionen, die diesen gemeinsamen Antrag gestellt haben, dafür schämen, dass sie einen so genannten Anti-Naziantrag verabschiedet haben, dem sogar die Halbnazis der Republikaner zustimmen können. Das ist die härteste - härter noch als meine - Kritik an diesem Text.

(Zurufe)

Es geht nicht um Kürze, sondern um Richtigkeit. Besser kurz und richtig als zehnmal so lang, grottenfalsch und weit rechts in dieser Gesellschaft positioniert.

In dem vermeintlichen Anti-Naziantrag - das ist auch den GRÜNEN bisher nicht aufgefallen - kommt das Wort "Faschismus" und auch die Kategorie "Antisemitismus" nicht ein einziges Mal vor, im Gegensatz zum Extremismus. An einen solchen langen Antrag stellt man andere Anforderungen als an einen kurzen, wie zum Beispiel den meinen, Lutz Sikorski, bei dem man weiß, dass man eine Minimalplattform formuliert, die nichts anderes bedeutet, als dass dieses Parlament ein allgemeines "Nein" gegen Nazis gemeinsam verabschiedet. Es muss Sie unheimlich ärgern, dass die Republikaner Ihnen zustimmen. Das würde mir an Ihrer Stelle genauso gehen.

In diesem gemeinsamen Antrag steht drin, unterschrieben von GRÜNEN, SPD und FAG: "Die Stadtverordnetenversammlung erklärt ausdrücklich ihr volles Vertrauen in die

Fähigkeiten der Polizei, die für die Sicherheit ..." und so weiter. Diese Position kann nur jemand einnehmen, der mit den gesellschaftlichen Verhältnissen von Ungleichheit, Ausbeutung, Diskriminierung und Armut einverstanden ist. In Frankfurt ist ein erschreckend großer Teil - wer es nicht glaubt, möge die Kollegen von der Gewerkschaft der Polizei fragen - der Frankfurter Polizisten rechten und rechtsextremen Positionen - nicht nur im Wahlverhalten, sondern auch sonst - zugeeignet. Grenzschränker erwürgen Menschen bei der Abschiebung in Flugzeugen. Viele Linke in Frankfurt haben die Erfahrung gemacht, dass die Polizei in Fällen von Überfällen demonstrativ nicht hilft, gelegentlich selbst noch einmal draufhaut. Demokraten, die gegen den Ausbau des Flughafens protestieren, werden ohne juristische Konsequenzen krankenhaushausreif geprügelt; die Fälle sind dokumentiert. Alle, die damit einverstanden sind, können diese Position einnehmen. Selbst die FAG, die sich zu diesem ihrem Antrag komischerweise noch gar nicht geäußert hat, leugnet die Erfahrung von Startbahngegnern und der Geschichte dieser Bewegung, auf die sie sich bezieht.

Außerdem ist der, der diesen Antrag unterschreibt, damit einverstanden, dass fast jede Nacht junge Migrantinnen und Migranten schikaniert werden. Man möge nicht nur im eigenen etablierten Wohnviertel herumlaufen, sondern sich andere Stadtteile tagsüber oder nachts anschauen und zuletzt ist man damit einverstanden, dass bei Razzien nicht die feinen Profiteure, sondern die ausländischen Prostituierten inhuman behandelt werden. Dem allen spricht man hier indirekt das Vertrauen aus. Nein, nicht das geringste Vertrauen in die Polizei.

Ich weiß, dass der Antrag der PDS auf Vorschlägen der Anti-Nazikoordination basiert - die SPD hat den Fehler gemacht, den eigenen Antrag zugunsten des viel schlechteren gemeinsamen Antrages zurückzuziehen. Aber es ist ein Unterschied, ob Teile der antifaschistischen Bewegung Anträge und Vorschläge inhaltlicher Art, wie auch die Vorgehensweise betreffend, machen. Was dann in ein Parlament kommt und was nach draußen weitergegeben werden kann, ist eine andere Geschichte. Dem Antrag der PDS kann ich in den beiden ersten Absätzen und in den Punkten 1. und 2. zustimmen, dem Punkt 3.

kann ich nicht zustimmen, denn darin wird es ziemlich heftig. Dort wird durch die Formulierung so getan, als brauchten die Menschen, die seit Jahrzehnten in Frankfurt immer wieder gegen Nazis auf die Straße gehen, eine Bevormundung durch das Parlament, als brauchten sie Beobachter und Vertraute, Kirchenvertreter als Sozialmanager, Quartiersmanager und Techniker, die sie unter Kontrolle bekommen müssen.

Dieses Parlament hat jahrzehntelang den Arsch nicht hochbekommen, wenn es gegen Nazis ging und jetzt sagt man, dass wir die Bürger aufrufen. Ihr kontrolliert sie, damit sie sich gut verhalten. Wir sagen ihnen, wie sie demonstrieren sollen und so weiter. Das ist der Moment, in dem der Charakter eines Textes aus der Anti-Nazikoordination, wo er als Teil des Spektrums eine Funktion oder eine Berechtigung hat, eingebracht wird und wo ihn sich das Stadtparlament mit diesen Fraktionen zu Eigen machen soll, im Charakter wegkippt. Ich kann das nicht mit unterstützen und lehne diesen Teil ab. Richtig ist dagegen wieder der Schlusssatz, nach dem die Stadtverordnetenversammlung fordern soll, durch die Verwaltung und Verkehrsbetriebe sicherzustellen, dass die beantragte Nazidemonstration keinerlei kommunale Einrichtung in Anspruch nehmen kann. Mir ist der Punkt 3. insgesamt wichtig - dabei leiden die Kollegen Halberstadt und Dähne vielleicht ein bisschen an der Berliner Krankheit. Passt auf, dass ihr nicht zu staatstragend werdet, sonst muss ich euch in den Wilhelminischen Topf schmeißen.

Ich möchte nur daran erinnern: In den letzten Jahrzehnten sind die Demonstrationen gegen Nazis in dieser Stadt niemals von diesem Parlament ausgegangen. Diese Fünfergruppe möchte sich auf den Zug setzen und sagen, jetzt dominieren wir, wie das Ganze vonstatten zu gehen hat. Als es 1978 die erste Veranstaltung "Rock gegen Rechts" in Frankfurt gab, durch einen Aufruf an die antifaschistische Bewegung in dieser Stadt und außerhalb - ein Spektrum von Christen, Linken, Wertkonservativen, von solchen Leuten, die es im Unterschied zu vielen hier ernst meinten - geschafft hat, diese Stadt mit 50.000 Demonstranten vollzustopfen, brauch-

ten sie auch keine Empfehlung des Römers. Unsere Aktion war so großartig und eindrucksvoll, dass am Ende auch der DGB auf der Bühne der Demonstranten am Rebstockgelände eine Rede halten wollte und alle anderen ganz schnell dabei waren und gesagt haben, so muss es laufen. Nicht aus diesem Parlament heraus, sondern aus den Bewegungen heraus.

Dieses Parlament soll verdammt noch einmal seine Hausarbeiten machen, in der Form, dass es sagt, wir entscheiden, dass wir alle juristischen Schritte, was immer möglich und nötig ist, vornehmen, damit diese Nazis sich nicht in Frankfurt versammeln können. Das ist die originäre Aufgabe dieser Stadtverordnetenversammlung beziehungsweise des Auftrags an den Magistrat und die zuständigen Behörden.

Das ist der Punkt, dem ich zustimmen kann und damit sollte man sich bescheiden. Was dieses Parlament tun könnte, ist zu sagen, dass wir selbst auch auf die Straße gehen und uns dem einfügen, was von den Menschen draußen, mit all ihren Verschiedenheiten, organisiert wird. Aber nicht diese Anmaßung, sich vor den Karren zu spannen und gleichzeitig diese unsägliche gemeinsame Resolution zu verfassen. Das ist eine Form der Doppelmoral, und das finde ich abstoßend.

Unser Antrag ist völlig klar. Im Ortsbeirat sind die Interessen manchmal anders gelagert, es ist lockerer, man kann offener diskutieren. Der Druck auf die einzelnen Protagonisten von oben scheint nicht so stark zu sein und dort konnte unser Antrag beschlossen werden, der lautet: "Die Stadtverordnetenversammlung verurteilt jedwede Naziaufmärsche in Frankfurt. Der rechtsextremen Zielsetzung, Frankfurt zur Hauptstadt der Nazibewegung zu machen, widersetzen wir uns, der Magistrat wird aufgefordert, für Naziversammlungen jeglicher Art keine Räume, Plätze oder Verkehrsmittel zur Verfügung zu stellen."

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher Ulrich Baier:**

Kommen Sie bitte zum Ende!

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:
(fortfahrend)

Das ist der kleinste gemeinsame Nenner, und das wäre auch für uns kompromissfähig, auch wenn der Text von jemand anderem gekommen wäre, aber nicht aus den besagten Gründen. Die Demonstranten brauchen unsere Solidarität und nicht unsere Bevormundung, meine zumindest haben sie.

Danke!

(Zurufe)

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher Ulrich Baier:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe damit die Aussprache. Es dient zur Kenntnis, dass die Vorlage NR 518, das ist der alte Antrag SPD, GRÜNE, im Einvernehmen mit den Antragstellern durch die Vorlage NR 569 für erledigt erklärt wird. Zur Verdeutlichung des Sachverhaltes lasse ich nun über die Vorlagen NR 525, NR 569 und NR 572 getrennt abstimmen. Zur Vorlage NR 525 der PDS haben die Fraktionen wie folgt votiert: CDU, SPD, GRÜNE, FDP, FAG, REP und BFF mit Ablehnung, PDS für Annahme, ÖkoLinX-ARL und E.L. geben ihr Votum im Plenum bekannt.

Ich lasse deshalb nun über die Vorlage NR 525 abstimmen und frage nach Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung.

Frau Ditfurth, um was geht es?

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:
(Zwischenfrage)

Ich hatte doch eben in meinem Redebeitrag gesagt, dass ich bei dem PDS-Antrag differenziert votiere. Wenn ich jetzt bloß nach ja oder nein gefragt werde, könnte ich das technisch nicht umsetzen.

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher Ulrich Baier:**
(fortfahrend)

Es wird gerade vorgeschlagen zu sagen, dass Sie im Rahmen Ihres Diskussionsbei-

trages abstimmen. Sind Sie damit einverstanden?

(Zurufe)

Ich lasse nun über diese Vorlage NR 525 abstimmen und frage nach Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung. Wer ist für Zustimmung im Rahmen der Diskussionsbeiträge? (Geschieht). Das sind PDS, E.L. und Frau Ditfurth, die differenziert votiert. Wer lehnt diese Vorlage ab? (Geschieht). Wer enthält sich? (Geschieht). Ich stelle fest, dass die Vorlage NR 525 mit den Stimmen von PDS, ÖkoLinX-ARL teilweise und mit den Stimmen der E.L., gegen die Stimmen aller anderen abgelehnt ist.

Zur Vorlage NR 569 von CDU, SPD, GRÜNEN, FDP, FAG haben die Fraktionen wie folgt votiert: CDU, SPD, GRÜNE, FDP und FAG für Annahme, REP, PDS, BFF, ÖkoLinX-ARL und E.L. geben ihr Votum im Plenum bekannt. Ich lasse nun über die Vorlage NR 569 abstimmen und frage nach Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung zu dieser Vorlage. Wer stimmt dieser Vorlage zu? (Geschieht). Wer lehnt sie ab? (Geschieht). Wer enthält sich? (Geschieht). Ich stelle fest, dass die Vorlage NR 569 mit den Stimmen von CDU, SPD, GRÜNEN, FDP, FAG und REP gegen die Stimmen von PDS, ÖkoLinX-ARL und E.L. bei Stimmenthaltung der BFF angenommen ist.

Zur Vorlage NR 572 der ÖkoLinX-ARL haben die Fraktionen wie folgt votiert: CDU, SPD, GRÜNE, FDP und FAG mit Ablehnung. ÖkoLinX-ARL mit Annahme, REP, PDS, BFF und E.L. geben ihr Votum im Plenum bekannt. Ich lasse nun über diese Vorlage NR 572 abstimmen und frage wiederum nach Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung. Wer stimmt dieser Vorlage zu? (Geschieht). Wer lehnt sie ab? (Geschieht). Wer enthält sich? (Geschieht). Ich stelle fest, dass die Vorlage NR 572 mit den Stimmen von CDU, SPD, GRÜNEN, FDP, FAG und BFF gegen die Stimmen von ÖkoLinX-ARL, PDS, E.L. und REP abgelehnt ist. Ich schließe damit diesen Tagesordnungspunkt.